
3764/J XXV. GP

Eingelangt am 24.02.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Karlsböck, Dr. Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

betreffend fatale Terminüberschneidungen bei Prüfungen an Schulen und Universitäten

Jüngst wurden Überschneidungen zwischen mündlichen Maturaterminen an vorwiegend in Westösterreich gelegenen Schulen und medizinischen Aufnahmetests an allen drei heimischen Medizinischen Universitäten bekannt und zu Recht scharf kritisiert.

Während der Ärztemangel in Österreich ein immer bedrohlicheres Ausmaß annimmt und medizinische Studienplätze immer knapper werden – nicht zuletzt aufgrund des ungebremsen Zustroms ausländischer Studierender und mangelhafter Studienplatzfinanzierung –, kommt es infolge fehlender Abstimmung zwischen Schulen und Universitäten zu ungeheuerlichen Schikanen für die studierwillige heimische Jugend. Es ist nämlich an Zynismus kaum zu überbieten, dass just am Tag der mündlichen Maturaprüfungen im westlichen Österreich die großen, alles entscheidenden Aufnahmetests an den drei Medizinuniversitäten des Landes angesetzt werden.

Nach entsprechender medialer Thematisierung dieses „administrativen Schildbürgerstreichs“, der unserer studierwilligen Jugend wertvolle Lebenszeit kostet, wurde zwar für den konkreten Anlassfall insofern eine Lösung gefunden, als man eine Dreitagesfrist zwischen den Prüfungsterminen an der Schule und den Aufnahmetests an den Medizinischen Universitäten einräumte, eine allseits zufriedenstellende, durchdachte und allgemeine Abstimmungsstrategie ist aber weiterhin ausständig. Denn es wird wohl niemand 18-jährigen Schülerinnen und Schülern zumuten wollen, im Abstand von nur drei Tagen zwei für ihr weiteres Leben so entscheidende Prüfungen ablegen zu müssen.

Es ist völlig inakzeptabel, dass heimischen Studierenden solcherart Prügel in den Weg geworfen werden, während gleichzeitig der Ruf nach Zugangsbeschränkungen trotz des Risikos einer verhängnisvollen Fehlauselese immer lauter wird und eine nachhaltige Studienplatzfinanzierung aussteht. Im Zeitalter der digitalen Vernetzung muss eine Abstimmung der zuständigen Schulbehörden und Universitäten in einer solch heiklen, für die Zukunft unserer jungen Menschen essentiellen Frage im Vorfeld möglich sein.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft folgende

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

1. Sind Ihnen die oben erwähnten Terminüberschneidungen bei Prüfungen an Schulen und Universitäten bekannt?
Wenn ja, wie stehen Sie als für die Universitäten zuständiger Ressortminister zu dieser Form von „administrativem Schildbürgerstreich“?
2. Findet im Bereich Ihres Ministeriums eine Koordination zwischen Schulen und Universitäten statt, um wichtige Prüfungstermine im Vorfeld gemeinsam abzustimmen?
Wenn ja, warum hat sie diesmal offensichtlich versagt?
Wenn nein, warum nicht?
3. Werden Sie sich mit der für die Schulen zuständigen Bundesministerin für Bildung und Frauen in Verbindung setzen, um – über den „reparierten“ Einzelfall hinausgehend – eine dauerhafte Abstimmungsstrategie zu entwickeln, welche in Zukunft fatale Terminkollisionen weitgehend ausschließt?
Wenn ja, wann?
Wenn nein, warum nicht?
4. Werden Sie für den Fall einer gemeinsamen Abstimmung darauf achten, dass zwischen den abzustimmenden Prüfungsterminen den Schülern bzw. Studierwilligen ausreichend Zeit verbleibt, um sich auf beide Prüfungstermine adäquat vorzubereiten?
Wenn ja, an welche Fristen denken Sie?